

## »Sorry, es war kein guter Versuch ...«

Gustav A. Horn, Chef des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, über Sparwut und Sozialabbau, Konjunktur und die Kapitalismusdebatte.

Das Interview ist in der Ausgabe Juni 2005 der Zeitschrift „Wirtschaft & Markt“ erschienen, dem Organ der Unternehmerverbände der neuen Bundesländer.

**W&M:** Herr Horn, Franz Müntefering hat den gierigen Kapitalismus in der Bundesrepublik wieder entdeckt. Was hat den SPD-Chef dazu bewogen, ihn auszugraben?

**Gustav Horn:** Sicherlich die erfolglose Politik von Rot-Grün. Die Regierung hat mit der Agenda 2010, mit Hartz eins bis vier oder mit der Gesundheitsreform massive Anstrengungen unternommen, Reformen auf den Weg zu bringen. Nur sieht sie jetzt, dass sie weder bei der Konjunktur noch beim Abbau der Arbeitslosigkeit Erfolge vorweisen kann.

**W&M:** Sie steht mit leeren Händen da?

**Gustav Horn:** Schlimmer noch, die SPD verliert bei einer Wahl nach der anderen, und zwar nicht nur ein bisschen, sondern deutlich. Und nun steht auch noch mit Nordrhein-Westfalen das »Mutterland der Sozialdemokraten« auf der Kippe.

**W&M:** Da musste zumindest ideologisch umgesteuert werden?

**Gustav Horn:** Natürlich hat Franz Müntefering auf die Wahlen geschaut. Es wäre naiv, etwas anderes zu glauben. Aber die jetzt laufende Debatte ist nicht nur pragmatisch und oberflächlich.

**W&M:** Sondern?

**Gustav Horn:** Sie hat einen sehr realen Kern. Es geht um die Frage, wie wir mit dem Phänomen der Globalisierung und seinen Spielarten auf dem Kapitalmarkt umgehen? Und wir müssen uns fragen, welche neue Regeln es dafür in unserer Gesellschaft geben muss? Insofern ist diese Debatte wichtig. Nur schließt sich da eine Personalisierung aus. Das ist ganz klar eine Systemdebatte.

**W&M:** Also hat sich Müntefering im Ton vergriffen, als er ausschließlich profitorientierte Finanzinvestoren mit Heuschrecken verglich?

**Gustav Horn:** Müntefering hat mit diesem drastischen Vergleich gezielt provoziert. Das mag politisch opportun sein, aber das Leben ist auch in diesem Falle komplizierter. Denn die Finanzinvestoren, die er da kritisiert, setzen zwar Unternehmen unter Druck, sind aber teilweise Fonds von Arbeitnehmern, die damit in den USA ihre Rentenansprüche absichern.

**W&M:** Trifft seine Kritik die Falschen?

**Gustav Horn:** Es gibt Fehlverhalten und es gibt sicherlich auch gnadenlose Gier in dieser Branche. Aber, wie gesagt, diese personalisierte Kritik führt vom Thema weg. Es muss das System, das solche Erscheinungen gebiert, diskutiert werden.

**W&M:** Schwingt in Münteferings Kritik nicht auch Enttäuschung der SPD mit, weil sich Finanzinvestoren und Unternehmer nach den Reformzugeständnissen der Regierung nicht so verhalten, wie das die Sozialdemokraten und die rot-grüne Regierung erhofft haben?

**Gustav Horn:** Die Globalisierung schafft Fakten und wirtschaftliche Realitäten, die man weder ignorieren noch zurückdrehen kann. Die Hoffnung war, dass man mit einer Reformpolitik zugunsten des internationalisierten Kapitals wieder deutlich mehr Wachstum und Beschäftigung initiieren könne. Die aber ist nun geplatzt.

**W&M:** Weil die Unternehmen zwar die Gewinne aus den Reformen kassieren, aber nicht adäquat dazu am Standort Deutschland investieren.

**Gustav Horn:** So sieht es jedenfalls die Regierung – siehe den Kanzler, der in seiner Regierungserklärung vor dem Jobgipfel die Unternehmer gefragt hat: Was sie denn nun noch von der Politik erfüllt haben wollen, um endlich zu investieren.

**W&M:** Sind die Unternehmer undankbar und an dem aktuellen Dilemma schuld?  
**Gustav Horn:** Die Bundesregierung muss sich zuerst an ihre eigene Nase fassen. Sie kann keinem Unternehmer vorwerfen, dass er steuerliche und andere Vergünstigungen kassiert und dennoch nicht investiert.

**W&M:** Warum investieren die Unternehmen nicht oder eben nicht ausreichend in Deutschland?

**Gustav Horn:** Weil das gesamtwirtschaftliche Umfeld bei uns nicht stimmt. Gerade Unternehmen, die stark auf den Absatz im Inland angewiesen sind, wie etwa der gesamte Konsumgüterbereich oder die Automobilindustrie, geht es schlecht. Sie verzeichnen wenig Wachstum, generieren zu geringe Gewinne oder gar Verluste und bauen damit eher Beschäftigung ab als auf – siehe den Kaufhauskonzern Karstadt.

**W&M:** Was ist die eigentliche Crux des Problems?

**Gustav Horn:** Dass man ausschließlich auf eine angebotsorientierte Reformpolitik gesetzt hat, die freilich von über 90 Prozent der Wirtschaftswissenschaft, der Politik und auch der Medien mitgetragen wird. Die Verantwortlichen sitzen nicht allein in der Regierung. Nur ist man damit aus meiner Sicht der falschen Linie gefolgt und muss nun die negativen Ergebnisse hinnehmen.

**W&M:** Sie haben diesen Misserfolg als einer der wenigen bekennenden Keynesianer vorausgesehen?

**Gustav Horn:** Ich war jedenfalls von Anfang an gegenüber der Agenda 2010 sehr skeptisch.

**W&M:** Warum?

**Gustav Horn:** Weil sich als Folge der Agenda zwar die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit die Exportfähigkeit der Unternehmen verbessert, zugleich aber die Binnennachfrage deutlich geschwächt wird. Und dieser Negativeffekt, davon war ich überzeugt, würde letztlich überwiegen und zu noch massiveren Problemen auf dem Arbeitsmarkt führen. Leider hat mich die Entwicklung in den letzten Jahren nicht eines Besseren belehrt.

**W&M:** Warum hat man Sie nicht gehört?

**Gustav Horn:** Ich kann mich nicht beklagen. Sowohl Medien als auch die Politik haben meine Einwände schon wahrgenommen. Die Frage ist nur, wie geht man mit dieser Kritik um?

**W&M:** Das fragen wir Sie.

**Gustav Horn:** Ich plädiere dafür, umzusteuern. Nur fällt das den Politikern schwer, weil sie sich auf diese andere Linie festgelegt haben.

**W&M:** Gilt das für jetzt und immer?

**Gustav Horn:** Zumindest bis zu den nächsten Bundestagswahlen. Schröder hat doch die Agenda 2010 mit seiner Person verknüpft. Er hat damals hart gekämpft und sogar die Vertrauensfrage gestellt, um in seinen Reihen die Mehrheit für das Reformvorhaben zu sichern. Er kann sich jetzt nicht hinstellen und sagen: Sorry, es war kein guter Versuch.

**W&M:** Sind den Hartz IV und die Stärkung der Nachfrage unvereinbar?

**Gustav Horn:** Sie sind aus meiner Sicht nicht unvereinbar. Man hätte nur die mit Hartz IV gefährdete Binnennachfrage flankierend stützen müssen. Aber da stand schon Hans Eichel mit seinem Sparprogramm vor, um den Haushalt zu konsolidieren.

**W&M:** Was ja erstmal nichts Schlechtes ist – oder?

**Gustav Horn:** Nein, nur wie macht man das? Der Finanzminister hatte sich darauf versteift, Sparprogramme und Steuersenkungen unter einem Hut zu bringen. Das ging solange gut, solange die Konjunktur einigermaßen gut lief.

**W&M:** Und danach?

**Gustav Horn:** Mit dem Konjunkturereinbruch hatte sich Eichels Konzept erledigt. Die Regierung hat dennoch daran festgehalten, weitere Sparprogramme aufgelegt und versucht, der Konjunktur hinterher zu sparen.

**W&M:** Bestreitet Eichel das nicht?

**Gustav Horn:** Er tut es aber in Wirklichkeit. Als dann auch noch aufgrund der Einnahmeausfälle die Sozialsysteme in Schieflage gerieten, hat man auch da noch angefangen, massiv zu kürzen. Alles Maßnahmen, die die Binnennachfrage weiter belasten. Und so gräbt man sich immer weiter in den Schuldenberg hinein.

**W&M:** Was rät der Keynesianer Horn jetzt zu tun?

**Gustav Horn:** Ich rate dazu, ein gezieltes fiskalpolitisches Programm aufzulegen. Hier sind vor allem die Kommunen mit ihrer nunmehr verbesserten Finanzlage in der Verantwortung. Um kurzfristig eine Wirkung damit zu erzielen, sollte man dabei zuerst ein mit zehn Milliarden Euro dotiertes, kommunales Investitionsprogramm verabschieden. Das würde vor allem dem Mittelstand in den Regionen und dem Handwerker vor Ort zugute kommen.

**W&M:** An der Steuerschraube sollte nicht mehr gedreht werden?

**Gustav Horn:** Steuerliche Maßnahmen sind aus meiner Sicht ausgereizt. Das kann man vergessen. Das bringt keine Investitionen nach Deutschland, das schafft für Unternehmen lediglich Anreiz, Gewinne hier zu versteuern.

**W&M:** Wo kann dann überhaupt noch Arbeit für die Deutschen entstehen?

**Gustav Horn:** Das überlasse ich dem Markt. Aber ich habe die Vermutung, dass Arbeit noch im Bereich der persönlichen Dienstleistungen, weiter für den Export sowie in hochtechnologisierten und sehr anspruchsvollen Tätigkeitsbereichen entstehen kann.

**W&M:** Auch im Billiglohnsektor?

**Gustav Horn:** Deutschland kann sich nicht ausreichend Beschäftigung im Billiglohnsektor schaffen. Da stehen wir in Konkurrenz zu China und dem Gros der asiatischen Staaten.

**W&M:** Auch zu unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa?

**Gustav Horn:** Das sehe ich längerfristig nicht so, weil sich da die Kosten angleichen werden. Aber die Globalisierung geht ja weiter. Auf Dauer gehen die Betriebe dorthin, wo es für sie billiger ist zu produzieren. Nein, Deutschland kann diesen Wettlauf einfach nicht gewinnen.

**W&M:** Warum hängt man dennoch dieser Illusion nach?

**Gustav Horn:** Weil das neoklassische Grundmodell weiter unser politisches Handeln bestimmt.

**W&M:** Das heißt?

**Gustav Horn:** Dass man glaubt, Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können, indem man Arbeit immer billiger macht und damit die Lohnschraube immer weiter nach unten dreht...

**W&M:** ...und die Lohnnebenkosten weiter absenkt?

**Gustav Horn:** Die Lohnnebenkosten sind ein anderes Problem. Die Arbeitnehmer haben mit ihrer seit sieben Jahren geübten Zurückhaltung bei den Lohnabschlüssen den Lohnnebenkostenanstieg weitgehend kompensiert. Mit dem Ergebnis, dass sie

immer weniger im Portmonee haben, was ganz eindeutig zu Lasten der Binnennachfrage gegangen ist. Und dieser Prozess setzt sich weiter fort.

**W&M:** Inwiefern?

**Gustav Horn:** Zum ersten Juni tritt eine weitere Stufe der Gesundheitsreform in Kraft. Da zahlen wiederum die Arbeitnehmer drauf, während die Unternehmer entlastet werden – mit all den gerade beschriebenen Folgen für die Binnennachfrage.

**W&M:** Was führt denn aus diesem Dilemma heraus?

**Gustav Horn:** Wir brauchen eine Gesellschaft und eine Ökonomie, die extrem hochgebildet und innovativ ist. Und das sowohl in der Spitze als auch in der Breite. Dafür brauchen wir aber auch eines der besten Bildungssysteme der Welt. Nur sind wir davon immer weiter entfernt.

**W&M:** Das sagen alle, nur der Staat ist pleite und spart auch bei der Bildung.

**Gustav Horn:** Der Staat kann gar nicht pleite gehen. Er ist kein Privatunternehmen, er stellt letztlich die Wirtschaftskraft aller in diesem Lande dar. Nötig ist jetzt, einen gesellschaftlichen Konsens für einen Politikwechsel zu organisieren. Schaffen wir das nicht, kommt das einer Kapitulation vor unseren strukturellen Problemen gleich.

**W&M:** Vor den strukturellen Problemen in Ostdeutschland hat man bereits kapituliert?

**Gustav Horn:** Ich mache diesen Unterschied zwischen West und Ost nicht mehr. Die Volkswirtschaft ist heute völlig verflochten. Das heißt für mich, dass Westen wie Osten vor dem gleichen Problem stehen, nämlich den Aufschwung hinzubekommen, initiiert von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

**W&M:** Schwächere Steuerkraft und weniger Wirtschaftswachstum im Osten als im Westen – sind das keine Unterschiede?

**Gustav Horn:** Schon, darum gibt es ja den Länderfinanzausgleich und das Solidaritätsmodell, um diese Unterschiede auszugleichen.

**W&M:** Werden diese Gelder im Osten richtig verwendet und besteht die in Westdeutschland immer lauter werdende Forderung nach Einstellung der Finanztransfers zu Recht?

**Gustav Horn:** Natürlich werden diese Gelder zum Teil auch zweckentfremdet verwendet. Und natürlich müssen die speziellen Förderprogramme für den Osten langsam auslaufen.

**W&M:** Weil die nicht mehr politisch zu vertreten sind?

**Gustav Horn:** Weil sich die Probleme angeglichen haben und wir künftig eine problem- und damit auch eine viel mehr regionalbezogenere Förderung brauchen. Auch im Westen gibt es viele Regionen, wo es knirscht und kracht.

**W&M:** Der Osten schwenkt um und versucht nun über die konzentrierte Förderung von Wachstumskernen besser voranzukommen. Ist das ein probates Rezept?

**Gustav Horn:** Auch da bin ich eher skeptisch. Es nützt sicherlich nichts, in wachstumsschwachen Gebieten mit viel öffentlichen Geldern irgendwelche Wolkenkuckucksheime aufzubauen. Andererseits muss man nicht in Regionen, wo es eh schon gut läuft, noch mehr Geld reinbuttern. Es muss meines Erachtens nach immer von Projekt zu Projekt über Förderung entschieden werden. Zudem sollte man dabei weniger auf Anwerbungsversuche setzen und stattdessen mehr die regionale Wirtschaft stützen. Kapital akkumuliert sich lokal, das ist das gesündeste Wachstum.

**W&M:** Braucht es dafür und für den von Ihnen geforderten Politikwechsel einen Regierungswechsel?

**Gustav Horn:** Jede Regierung, egal welcher Couleur, muss auf die Probleme reagieren und jede andere wird die gleichen Schwierigkeiten bekommen, wenn die Erfolge ähnlich »groß« sind wie bei der jetzigen.

**W&M:** Kommt zur nächsten Bundestagswahl 2006 der Wechsel?

**Gustav Horn:** Ich kann einen Wechsel nicht ausschließen. Einfach aus der Tatsache heraus, dass die Regierungspolitik der letzten Jahre im Hinblick auf die Beschäftigung schlichtweg erfolglos geblieben ist.

**W&M:** Wer erfolglos ist, wird abgewählt?

**Gustav Horn:** Nicht immer, aber immer mehr. Das zwingt Politiker zur Anpassung und das kann auch einen Paradigmenwechsel in der Politik hervorrufen. Freilich muss er erst einmal im Kopf stattfinden.

**W&M:** Herr Horn, wir danken für das Gespräch.